

Newsletter 7/2022

Liebe Attac-Mitglieder und -Interessierte in Hamburg und Umgebung,

wir möchten euch auf vielfältige Aktivitäten und Veranstaltungen in den nächsten Wochen hinweisen, über Vergangenes und längerfristige Projekte informieren sowie aktuelle Entwicklungen in verschiedenen Bereichen beleuchten.

Rückblick

G7-Treffen in Elmau

[Erklärung](#) von Attac Deutschland vom 25. Juni 2022

Klimakrise, Artensterben, Hunger und Ungleichheit

6000 protestieren in München gegen G7-Politik

6000 Menschen sind am heutigen Samstag, dem Vortag des G7-Gipfels, unter dem Motto „Gerecht geht anders!“ durch die Münchner Innenstadt gezogen. Die Protestierenden fordern die Staats- und Regierungschef:innen der G7-Staaten auf, Armut entschieden zu bekämpfen und als Konsequenz aus dem russischen Krieg gegen die Ukraine die Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle zu beenden sowie stärker gegen die weltweite Hungerkrise aktiv zu werden. Aufgerufen zu der Demonstration hat ein breites Bündnis aus mehr als 15 zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter Attac.

Für das Bündnis ist die bunte Demonstration ein klares Zeichen dafür, wie stark der Wunsch vieler Menschen nach einer grundlegend anderen Politik der G7-Staaten ist.

Dazu Roland Süß vom Attac-Koordinierungskreis: „In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Schere zwischen Arm und Reich weltweit vergrößert. Durch die Corona-Pandemie ist die Ungleichheit weiter gestiegen, Armut und Hunger nehmen drastisch zu, die Klimakrise spitzt sich zu. Für diese Entwicklung tragen die G7-Staaten mit ihrem Handeln und Wirtschaften maßgebliche Verantwortung. Dazu kommen die unabsehbaren Folgen durch den Krieg in der Ukraine.“

Neben der Demo hat sich Attac auch am Alternativgipfel „Global gerecht wirtschaften in Krisenzeiten“ am gestrigen Freitag in München beteiligt. Aktivist*innen von „Junges Attac“ machen zudem beim Camp und der Demo am 26. Juni in Garmisch mit.

Weitere Informationen

▶ [G7-Treffen in Elmau: Gerecht geht anders!](#) (Attac Deutschland)

▶ [Website des Bündnisses](#)

▶ [G7-Alternativgipfel](#)

Klima

Der Energiecharta-Vertrag

Im letzten Monat endeten die zwei Jahre dauernden Verhandlungen über eine Reform des Energiecharta-Vertrags. Für Attac Deutschland und zahlreiche andere Organisationen sind die Ergebnisse unzureichend, wie aus einer gemeinsamen Erklärung vom 24. Juni 2022 hervorgeht. Wir dokumentieren im Folgenden den Text auf der Website von [Attac Deutschland](#).

Reform des Energiecharta-Vertrags gescheitert

Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern Austritt

In Brüssel sind heute die Reformverhandlungen über den Energiecharta-Vertrag (ECT) zu Ende gegangen. Das Ergebnis fällt deutlich hinter die Ziele von Bundesregierung und EU zurück. Zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter auch Attac, fordern deshalb, dass Deutschland und weitere EU-Mitgliedsstaaten jetzt den Ausstieg aus dem ECT beschließen, wofür sich in den letzten Tagen auch Spanien, Belgien und das niederländische Parlament stark gemacht haben.

Der ECT wird in der EU auch zukünftig Investitionen in fossile Brennstoffe bis mindestens 2033 schützen und so ein schwerwiegendes Hindernis für die Beschleunigung der Energiewende darstellen. Außerhalb der EU und UK sollen gar keine Beschränkungen für den Investitionsschutz in fossile Brennstoffe gelten. Damit haben EU und Bundesregierung ihr Ziel nicht erreicht, den Vertrag mit dem Pariser-Klimaabkommen und dem Europäischen Green Deal kompatibel zu machen.

„Der Krieg in der Ukraine und die eskalierende Klimakrise zeigen in dramatischer Weise auf, welche gravierenden Folgen die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen hat. Gerade in diesen Zeiten müssen die demokratisch gewählten Regierungen die Handlungsfreiheit haben, eine zügige und sozial gerechte Energiewende umzusetzen und die Energieversorgung zu sichern. Doch genau dies behindert der Energiecharta-Vertrag“, kommentiert Ludwig Essig vom Umweltinstitut München und von der Koordination Netzwerk gerechter Welthandel.

Ampel-Anforderungen werden nicht erfüllt

Von den gestern von den Ampelparteien veröffentlichten fünf Anforderungen an die ECT-Reform, werden vier nicht erfüllt. Der reformierte Energiecharta-Vertrag wird weiterhin fossile Investitionen schützen und Klimamaßnahmen werden nicht grundsätzlich von Investorenklagen ausgenommen. Von der Ampel geforderte Änderungen der Investitionsschutzstandards und die Verkürzung der Fortgeltungsklausel konnten nicht erreicht werden.

„Die Reform des Energiecharta-Vertrags kann die Anforderungen der Ampel nicht erfüllen. Klagen gegen Klimaschutz bleiben auch nach der Reform möglich. Die einzige Konsequenz kann der Ausstieg Deutschlands aus dem Vertrag sein, sonst macht sich die Ampel unglaublich“, sagt Fabian Flues, Handelsexperte bei PowerShift.

Auch im reformierten ECT werden private Wirtschaftsanwälte in umstrittenen Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS: Investor-State-Dispute Settlement) darüber entscheiden können, ob Staaten hohe Entschädigungen an Investoren zahlen müssen. Dabei hatte die Europäische Kommission mit Unterstützung von SPD und Grünen versprochen, keine Abkommen mit ISDS mehr abzuschließen.

„Diese privaten Schiedsgerichte haben keine Zukunft mehr – so wurde es von Regierungsparteien und Europäischer Kommission versprochen“, sagt Hanni Gramann von Attac. „Dieses Versprechen wird nun gebrochen. Drei Wirtschaftsanwälte sollen auch in Zukunft entscheiden dürfen, ob fossile Investoren wegen staatlicher Maßnahmen zum Klimaschutz Milliardenentschädigungen erhalten. Das alleine ist Grund genug, aus dem ECT auszutreten.“

Derzeit verklagen RWE und Uniper die niederländische Regierung für den Kohleausstieg bis 2030 auf eine Entschädigung in Höhe von ca. 2,4 Mrd. Euro.

Ausbau erneuerbarer Energien nur ohne ECT möglich

„Insbesondere Uniper hatte bereits vor der Verabschiedung des niederländischen Kohleausstiegsgesetzes ein ISDS-Schiedsverfahren auf der Grundlage des ECT angedroht und so weitreichende Maßnahmen verhindert. Dies zeigt, dass der ECT ein sehr scharfes Schwert in der Hand derer ist, die wirkungsvolle Klimaschutzgesetze verhindern wollen“, so Sonja Meister von urgewald.

„Der Energiecharta-Vertrag ist ein Relikt aus der Steinzeit. Wenn die Bundesregierung den Ausbau der erneuerbaren Energien und eine umfassende Energiewende beschleunigen möchte, muss sich die Bundesregierung für eine Auflösung des Energiechartavertrags einsetzen und Deutschland aus dem Energiechartavertrag austreten“, so Uwe Hixsch von den NaturFreunden Deutschlands.

Eine zusätzliche Gefahr droht durch die geplante Ausweitung des ECT auf neue Energieträger und Technologien. In Zukunft sollen auch Investoren in Wasserstoff, Biomasse, synthetische Kraftstoffe und CO₂-Abscheidung und -Speicherung unter dem ECT klagen können. Das erhöht die Gefahr für Staaten unter dem reformierten Energiecharta-Vertrag verklagt zu werden.

Am vergangenen Dienstag hatten fünf junge, vom Klimawandel betroffene Menschen Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen zwölf europäische Regierungen (inkl. Deutschland) wegen des ECT eingebracht. Der Vertrag sei unvereinbar mit internationalen Klimaverpflichtungen und verstoße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention.

Die Erklärung ist auch als [Pressemitteilung](#) erhältlich.

Hintergründe und weitere Information zum Energiecharta-Vertrag sind auf der Website von Attac Deutschland zu finden: [Was ist der ECT?](#)

Petition: [Energiecharta-Vertrag stoppen!](#)

Die Petition wurde schon im Februar 2021 gestartet, kann aber noch unterzeichnet werden.

An die EU-Kommission, das Europaparlament und die Regierungen der Mitgliedsstaaten:

Steigen Sie aus dem Energiecharta-Vertrag aus und stoppen Sie seine Ausweitung auf andere Länder!

Der Vertrag ermöglicht es Kohle-, Öl- und Gaskonzernen, die Energiewende zu behindern.

Nehmen Sie den fossilen Energiekonzernen jetzt die Möglichkeit, dringende Klimaschutzmaßnahmen mit Hilfe des Vertrags zu blockieren.

Steuern und Finanzen

Seit einigen Wochen wird über die Einführung einer sogenannten Übergewinnsteuer diskutiert und von manchen auch gefordert. Es gibt keine einheitliche Definition des Begriffs. Zur Erläuterung sei auf einen Eintrag bei [Wikipedia](#) verwiesen.

In den Wirtschaftswissenschaften wird der Begriff „Übergewinn“ als Synonym für [Residualgewinn](#) verstanden. Dies ist der [Gewinn](#), der über den Leistungsgewinn, der die [Kapitalkosten](#) eines [Unternehmens](#) abdeckt, hinausgeht. Negativ ausgedrückt ist Residualgewinn oder „Restgewinn“ der Teil des Gewinns, der nach Abzug der Kapitalkosten verbleibt. In der politischen Diskussion um eine Übergewinnsteuer geht es aber nicht darum, sondern um den zusätzlichen Gewinn, der Unternehmen durch externe Ereignisse (Krieg, Inflation, Anstieg des Ölpreises oder ähnliches) zufließt. Eine einheitliche Definition dieses „Übergewinns“ gibt es daher nicht. Die Bezeichnung eines solchen „Übergewinns“ in der Ökonomie lautet [Marktlagengewinn](#) oder windfall profit.

Der Forderung nach Einführung einer Übergewinnsteuer hat sich Attac Deutschland angeschlossen.

Keine Profite aus Krieg und Krisen

Attac fordert Einführung einer Übergewinnsteuer

Die Corona-Pandemie und die Folgen des Überfalls Russlands auf die Ukraine haben viele Menschen hart getroffen. Einkommensausfälle und Preissteigerungen führen besonders für Haushalte mit niedrigem Einkommen zu finanziellen Belastungen, die kaum noch zu stemmen sind und dringend eines Ausgleichs bedürfen. Gleichzeitig fahren Konzerne, wie etwa in der Öl- und Pharmaindustrie, Rekordgewinne ein. Attac fordert deshalb die Einführung einer Übergewinnsteuer sowie weitere Maßnahmen für eine gerechtere Unternehmensbesteuerung.

„Dass Unternehmen, die ansonsten oft staatliche Unterstützung fordern, die aktuellen Krisen ganz unverschämt dafür nutzen, ihre Profite auf Kosten der Allgemeinheit zu erhöhen, ist nicht nur zutiefst unsolidarisch, sondern lässt das Vertrauen in einen Staat, der für sozialen Ausgleich sorgt, weiter sinken“ meint Alfred Eibl vom Attac-Koordinierungskreis.

Andere Länder, insbesondere Italien, Großbritannien und Ungarn, schöpfen diese Profite bereits durch steuerliche Maßnahmen ab. In den USA wird ein entsprechender Gesetzentwurf der Demokraten diskutiert. Auch in Deutschland gibt es viele Möglichkeiten die Extragewinne zu besteuern, wie selbst der wissenschaftliche Dienst des Bundestages feststellt. „Wer ‚gezielt‘ auf Steuergelder mit einem Tankrabatt verzichten kann, kann auch ‚gezielt‘ die Steuern wieder einsammeln“ erklärt Eibl.

„Die nun vorgestellten Pläne zur Verschärfung des Kartellrechts sind sinnvoll und werden hoffentlich umgesetzt. Sie sind aber kein Mittel die Profite, die Konzerne aus den derzeitigen Krisen schlagen, zu begrenzen und verdecken nur den Unwillen der Bundesregierung, das Problem grundsätzlich anzugehen“ so Eibl.

Attac hat für eine gerechtere [Unternehmensbesteuerung](#) konkrete Lösungen vorgelegt, es wird immer dringender an ihre Umsetzung zu gehen. Einfach und schnell umzusetzen wäre etwa die Körperschaftssteuer, wie bereits die Einkommenssteuer, progressiv zu gestalten. Dadurch würden steigende Profite für Unternehmen auch steigende Steuern bedeuten. Steuern, die dann in die Entlastung der von den Krisen besonders betroffenen Menschen investiert werden könnten.

Gesundheit

Anlässlich der Gesundheitsministerkonferenz, die am 22. und 23. Juni 2022 in Magdeburg stattfand, kritisiert das Bündnis Klinikrettung, zu dem auch Attac Hamburg gehört, die Gesundheitspolitik der Regierenden und erhebt einige gesundheitspolitischen Forderungen.

Lauterbach beschleunigt mit Privatisierungsexperten Kommerzialisierung und Kahlschlag im Krankenhaus

Das Bündnis Klinikrettung übt anlässlich der Gesundheitsministerkonferenz am 22. und 23. Juni 2022 in Magdeburg scharfe Kritik

[...]

In der deutschen Krankenhauslandschaft vollzieht sich eine rasante Privatisierung und Kommerzialisierung der Gesundheitsversorgung. Mittlerweile hat Deutschland den weltweit höchsten Anteil von Krankenhausbetten im Besitz privater Gesundheitskonzerne¹. Im Jahr 2020 befanden sich bereits 39 Prozent von Deutschlands Krankenhäusern in privater Hand, 32 Prozent in freigemeinnütziger und nur 29 Prozent in öffentlicher. Knapp 20 Jahre vorher sah die Verteilung noch völlig anders aus: 1991 befanden sich 15 Prozent in privater, 39 Prozent in freigemeinnütziger und 46 Prozent in öffentlicher Bewirtschaftung. Auch die ambulante medizinische Versorgung ist durch den Einzug von Finanzinvestoren aktuell von einem Kommerzialisierungsschub in ungekanntem Ausmaß betroffen.

Vorangetrieben wird der Prozess durch eine fatale Zangenbewegung der Politik: Eine systematische öffentliche Unterfinanzierung treibt massenweise Kliniken in die Schließung – oder in die Hände privater Konzerne, die verschuldete Häuser für Spottpreise übernehmen². Mindestens 30 Krankenhäuser haben seit 2020 dichtgemacht, mehr als 60 sind davon bedroht³. Betroffen sind vor allen Dingen kleinere Häuser, die eine wohnortnahe stationäre Versorgung gewährleisten. Mit dem Argument, sie seien unwirtschaftlich, wird kleinen Kliniken der Grundversorgung die auskömmliche Finanzierung versagt. Währenddessen fließen Milliarden aus Steuergeldern in Konzerngewinne, aufgeblähte Controlling-Abteilungen und riesige Zentralklinikneubauten.

[...]

Kommerzialisierung und Kahlschlag sind politisch gewollt

Die öffentliche Unterfinanzierung der Krankenhäuser hat System. Eigentlich sind für die Finanzierung der „Hardware“ – also Gebäude, Technik, Geräte et cetera – die Bundesländer zuständig. Sie kommen aber ihrer Verantwortung nicht nach. Die aktuellen Investitionen liegen weit unter dem Stand der 1990er Jahre. Deswegen müssen Krankenhäuser neben Personal und laufenden Kosten auch noch ihre Investitionen aus dem laufenden Betrieb finanzieren. Das führt dazu, dass 60 Prozent der Kliniken ein mittleres bis hohes Insolvenzrisiko haben, wie es das Krankenhausbarometer 2021 der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) errechnet hat. Diese Kliniken sind von Schließung und Übernahme durch Private bedroht.

Die Schließung von Krankenhäusern wird gleichzeitig politisch noch forciert und sogar finanziell gefördert. Mehrere Landesregierungen verfolgen ein Programm der Ausdünnung der Kliniklandschaft, so zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen. Der Bund unterstützt seit 2016 über den Krankenhausstrukturfonds die Verminderung der Zahl der

Krankenhaus mit finanziellen Mitteln in Milliardenhöhe⁸. Während Förderprogramme für den Erhalt bestehender Krankenhäuser fehlen, stecken Bund und Länder Unsummen an Steuergeldern in den Kahlschlag der Kliniklandschaft. Gleichzeitig beklagen sie die schwierige finanzielle Lage der Häuser, die doch durch den Dreiklang Gewinnabfuhr, Mangel an Investitionen und Fallpauschalensystem erst herbeigeführt wird.

[Vollständige Text inklusive Fußnoten](#)

Das Bündnis hat außerdem eine an Bundeskanzler Scholz gerichtete Petition gestartet: [Rendite raus aus dem Krankenhaus!](#) Darin werden unter anderem eine Beendigung des Krankenhauskahlenschlags, gute Arbeitsbedingungen und Tariflöhne für das Personal sowie eine Beendigung der Anwendung des Gewinnprinzips und der Privatisierungen im Gesundheitssektor gefordert.

Mitmachen bei Attac Hamburg

Im Juli 2022 sind die folgenden Treffen geplant.

Stadtteilgruppe Alstertal/Walddörfer: Dienstag, 12. Juli 2022, 19 Uhr, Bürgerhaus Koralle, Gruppenraum, Kattjahren 1, 22359 Hamburg

Monatsplenum: Mittwoch, 27. Juli 2022, 19.15 Uhr, Attac-Büro, Werkstatt für internationale Kultur und Politik, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

+++++

Veranstaltungshinweise

Filmseminar gegen Austerität der Gruppe International solidarisch - Schluss mit Austerität

Mittwoch, 6. Juli 2022

The Fog of War

Dokumentarfilm, Regie: E. Morris, USA 2003, 95 Minuten, OmU

[Einladung](#)

Die NATO: ein Friedensbündnis für Freiheit, Demokratie und Völkerrecht? Die Geschichte lehrt anderes. Die USA, „unsere Schutzgaranten“ jenseits des Atlantiks, sind nicht nur die einzige Nation, die Atombomben bereits real eingesetzt hat (Hiroshima und Nagasaki, 1945). Sie haben zudem mit dem Vietnamkrieg (1955-1975) die noch immer grausamste militärische Auseinandersetzung seit dem Zweiten Weltkrieg zu verantworten.

[...]

Robert S. McNamara war von 1961-1968 der für die Kriegführung verantwortliche US-Verteidigungsminister. Er ist der Protagonist des Dokumentarfilms „The Fog of War“. In einem auf Filmlänge verdichteten, insgesamt 20-stündigen Interview legt McNamara darin die Bilanz seines politischen Wirkens in Form von elf Lehren dar. Kontrastiert mit Original-Archivmaterial des realen Geschehens in Bild und Ton werden die Darlegungen zu einer filmisch eindrucksvollen Abrechnung mit der aggressiven US-Außenpolitik seit 1945.

[...]

Ihre unausgesprochene Quintessenz, dass in einer multipolaren Welt (mit atomarer Hochrüstung) im Konfliktfall keine noch so dominante Großmacht ihre eigenen Interessen verwirklichen kann ohne diplomatisch-einigungsorientierte Verständigung und Berücksichtigung der Interessen der „Gegenseite“, skizziert eine außenpolitische Linie, deren Renaissance für die Welt in ihrer heutigen Verfasstheit schon ein enormer Fortschritt wäre. Mit der NATO ist das offenkundig schwer zu machen. Mit einer geschichtsbewusst engagierten, globalen Friedensbewegung hingegen schon. International solidarisch – Schluss mit Austerität!

Zeit: 21 bis 23.30 Uhr

Ort: Universität Hamburg, am Philosophenturm, Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg

Mittwoch, 20. Juli 2022

Das Mädchen Rosemarie

Spielfilm, Regie: R. Thiele/E. Kuby, BRD 1959, 101 Minuten

Zeit: 21 bis 23.30 Uhr

Ort: Universität Hamburg, am Philosophenturm, Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg

[Infomatironen zum Film](#) werden in Kürze zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Attac Hamburg

Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg – <https://attac.hamburg> – E-Mail: hamburg@attac.de

Hinweis: Die Mailingliste Attac Hamburg dient ausschließlich der Versendung des Newsletters und weiterer Informationen von Attac Hamburg, ist also nicht für Diskussionen gedacht. Auch Anfragen können dort nicht bearbeitet werden. Nachrichten für Attac Hamburg sind deshalb an die oben genannte E-Mail-Adresse zu schicken.